# Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

**Nr. 128. Mittag-Ausgabe.** Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 16. März 1861.**


## Die warschauer Vorgänge.

△▽ **Warschau,** 14. März. Mit aufrichtiger Freude theilen wir Ihnen mit, daß das Gerücht, wonach Se. Majestät der Kaiser dem Lande einige Concessionen gemacht hat, sich dennoch bestätigt. Das allerhöchste Handschreiben, welches ich Ihnen heute Früh zusandte, (s. Nr. 127 d. Z.) ist nämlich nur der erste Theil des ganzen Briefes. Derselbe wurde gestern auf dem Schlosse von dem Fürsten-Statthalter, dem Erzbischof Fijalkowski, dem Grafen Andreas Zamoyski, dem Grafen Malachowski, dem Kaufmanns-Aeltesten Xaver Schlenker und dem Banquier Leopold Kronenberg als Antwort des Kaisers auf die an ihn gerichtete Adresse publicirt. Die Vertreter der Stadt waren, wie ich Ihnen gestern schon mittheilte, ob dieser Erwiderung ganz bestürzt und baten den Fürsten, die augenblickliche Veröffentlichung zu sistiren. So standen die Sachen, als nach beendeter Audienz Fürst Gortschakoff den Grafen Zamoyski und den Banquier Kronenberg zu einer Privat-Unterredung zu sich entbieten ließ, in welcher er demselben vertraulich mittheilte, daß der Kaiser im weiteren Verlauf seines Schreibens für das Königreich Polen Reformen einzuführen in Aussicht gestellt habe. Diese Reformen sind:

1) die Creirung eines Staatsrathes (rada stanu) in welchen befähigte, Vertrauen genießende Bürger berufen werden sollen;

2) die Errichtung von Municipal-Räthen für die Städte des Königreiches, auf Grund freier Wahlen.

3) vollständige Aenderung des [illegible]ems der öffentlichen Erziehung;

4) es werden befähigte, Vertrauen genießende Bürger berufen werden, um über die Bedürfnisse des Landes zu berathen.

Diese Projekte sollen ausführlich ausgearbeitet und im Laufe von 12 Tagen veröffentlicht werden. Die Deputirten theilten den Inhalt dieser Unterredung in der gestrigen Abendsitzung dem Bürger-Ausschuß mit. Heute giebt es wohl Niemand in der Stadt, welchem derselbe nicht bekannt wäre. Sehr verschieden sind aber die Beurtheilungen und die Aufnahme, welche die in Aussicht gestellten Reformen bei der Bevölkerung gefunden haben. Während die Gemäßigten sich der gemachten Concessionen freuen, sagt der heißblütigere Theil der Einwohner, der Staatsrath sei kein gesetzgebendes Institut, er werde sogar nicht einmal ein Organ sein, durch welches das Land seine Bedürfnisse zur Sprache bringen könne. Der Staatsrath sei eine Staatsbehörde. Polen sei bereits im Besitze eines Staatsrathes gewesen, sowie eines Kassationshofes; diese Institutionen seien aber aufgehoben und in einen dirigirenden Senat verwandelt worden. Der frühere Staatsrath habe Administrations-Angelegenheiten, Jurisdiktionsstreitigkeiten und die Gesetzesprojekte, welche ihm vom Staate vorgelegt wurden, be- und ausgearbeitet. Nie und nirgends habe der Staatsrath gesetzgebende Attribution besessen, und somit werde auch der für Polen einzuführende Staatsrath keine solche erhalten, vielmehr lediglich eine Staatsbehörde sein, die die Bedürfnisse des Landes weder zu würdigen noch ihnen zu genügen im Stande sein werde. Sollte der Staats-Rath indessen in eine administrative und gesetzgebende Abtheilung getrennt werden, so könnte er theilweise dem Erforderniß entsprechen, indessen auch nur bei einer Volksvertretung mit Initiative, bei freier Wahl und Heer, welches die Existenz der Konstitution garantiren würde. Was die auf Grund von Wahlen zu errichtenden Municipalräthe für die Städte anbelangt, so wird diese Concession als eine nothwendige Reform angesehen. Es müsse aber mit derselben volle Emancipation der Gemeinden von der Büreaukratie und die Unterordnung der Polizei unter den Municipalrath verbunden sein, im anderen Falle bestehe die Reform nur dem Worte, nicht der That nach.

Von dem dritten Punkte erwartet man nur dann eine wirkliche Aenderung des Systems und eine Besserung, wenn die Regierung eine aus freier Wahl hervorgegangene Unterrichtsbehörde einrichten und ihr die Aufsicht über die Schulen übertragen werde. Sollte dagegen der Unterricht nach wie vor, wenn auch in veränderter Form und Weise, unter der Leitung des Herrn v. Muchanow bleiben, dann werde auch diese Reform keine gedeihliche Wirkung ausüben können. An dem vierten Punkte wird am meisten Anstoß genommen. Das Berufen von Vertrauensmännern durch die Regierung entspricht nicht den Wünschen und Forderungen der in Rede stehenden Partei des Landes. Sie fürchtet, daß diejenigen Personen, welche die Regierung berufen werde, Leute sein werden, welche das Vertrauen der Regierung, nicht aber das des Landes besitzen. —

Dies sind ungefähr die Meinungen, welche wir am heutigen Tage über die in Aussicht stehenden Reformen aussprechen hörten, und zu welchen sich der größte Theil der Einwohnerschaft Warschau's bekennt. Die Trauerzeichen an Hut und Röcken sind noch nicht abgelegt, Theater und öffentliche Orte wenig besucht. — Der Staatssecretair Karnicki wird heute aus St. Petersburg zurückerwartet.

## Preußen.

### Landtag.

K. C. **15. Sitzung des Herrenhauses vom 15. März.**

Präs. Prinz Hohenlohe eröffnet um 11¼ Uhr die Sitzung. — Am Ministertische: v. Patow und der Reg.-Commissar Geh. Rath Bitter. — Die Tribünen sind wieder sehr gefüllt; in der Hofloge der Kronprinz und der Prinz Friedrich Karl.

Nach der Vereidigung einiger Mitglieder wird die Debatte über den Arnim'schen Antrag fortgesetzt.

Hr. Camphausen (Köln): Nachdem die Regierung die Grundsteuervorlagen eingebracht, sei plötzlich der Arnim'sche Antrag gestellt worden, und heute solle das Haus über diesen Antrag beschließen, nachdem das andere Haus jene Vorlagen angenommen und dem Herrenhause zugesandt habe. Er habe der Competenz gestern zugestimmt, damit aber nicht die Zweckmäßigkeit anerkannt. Die Stellung des Arnim'schen Antrages in diesem Hause, während das andere die Grundsteuervorlagen diskutirte, komme ihm vor wie ein Prozeß, der gleichzeitig in zwei Instanzen an zwei Gerichtshöfen verhandelt werde. Der Antrag wolle von 1862 an den Zuschlag von 25 % theilen, so daß von den gewöhnlichen Steuern außer den 100 % noch 10 %, alsdann von dem fundirten Einkommen 15 % Zuschlag erhoben würde. Durch die Zuthaten würde die Ausführung dieses Vorschlages unpopulär, da die Selbstdeklaration damit verbunden wäre. Die Antragsteller zeigten einen lockenden Schatz in fest verschlossener Truhe, verweigerten aber Schlüssel und Brecheisen. Der Antrag sei unmittelbar gegen die Grundsteuervorlagen gerichtet, welche eine dauernde Mehreinnahme verheißen, mittelbar dadurch, daß er die Grundsteuerausgleichung hintertreibe, weil dieselbe der Staats-Kasse nichts einbringe. Der Antrag werde als Vorbereitung zur Vorberathung der Grundsteuer-Vorlagen ausgegeben, gewiß eine Vorbereitung, aber zur Amputation. Man bedenke, daß nicht blos die Ausgaben für die Armee wachsen, sondern daß in Folge dessen auch andere Verwaltungszweige unbefriedigt bleiben und deren Bedürfnisse später sich immer eindringlicher geltend machen würden. Während die Gewerbsthätigkeit stocke, müsse die Armee gerüstet dastehen. An einem andern Orte sei davon gesprochen worden, daß die Verträge mit dem Schwerdte zerrissen werden müßten. Es gebe aber Verträge, die im Interesse Preußens und Deutschlands aufrecht erhalten werden müßten, und Preußens Schwerdt müsse bereit sein; er glaube daher nicht, daß an eine Entlastung unseres Budgets für die nächste Zeit zu denken sei. Eine Vorliebe für die Grundsteuer an sich bestehe nicht, nur für die Gleichheit existire eine Bewegung. Sei letztere hergestellt, so würde ein Finanzminister schwerlich eine Erhöhung erzielen, wenn nicht die Grundbesitzer selbst sie für nothwendig hielten. Weder die östlichen noch die westlichen Provinzen, weder große noch kleine Grundbesitzer möchten geneigt sein die Schraube anzulegen, wohl aber die Steuer zu vermindern, wenn die Verhältnisse dazu angethan wären. — Graf Arnim hebe als Vorzug seines Antrags hervor, daß das Bedürfniß nicht für ein Jahr, sondern für vier oder fünf Jahre gedeckt würde, aber mit Recht sei bezweifelt worden, daß das andere Haus zustimmen werde; er füge hinzu, daß von dem anderen Hause die Bewilligung einer Steuer vorliege, welche fortdauere, bis sie durch ein Gesetz abgeändert würde. Man sage, daß das andere Haus ungerechtfertigte Bedingungen daran knüpfe; er müsse dem entgegentreten. Auf der einen Seite das Abg.-Haus im Verein mit der Regierung, auf der andern das Herrenhaus allein. Die Angriffe auf die eximirten Grundbesitzer würden fortdauern, Provinz gegen Provinz stehen und somit eine bedenkliche Gefahr für den Staat erwachsen. Eine vernünftige Regelung unseres Steuersystems sei unmöglich vor Regelung der Grundsteuer. Sei die Grundsteuerfrage erledigt, so könnte der Finanzminister im nächsten Jahre ein ordentliches Budget vorlegen; er würde ein abgeschlossenes System vor sich haben und volle Freiheit haben, die passendsten Mittel zu suchen. — Es möge wohl sein, daß ein verneinendes Votum des einen oder des andern Hauses keine Ministerkrisis zu Folge habe, allein er besorge, daß wir in das entgegengesetzte Extrem fallen. Wie stehe es bei uns? ein Ministerium mit dem Programm „keine Grundsteuerausgleichung" sei bei uns jetzt unmöglich. Er glaube nicht, daß einer von den Gegnern das Ministerium mit einem solchen Programm übernehmen möchte. Die Forderungen würden immer dringender auftreten, je öfter man sie zurückziehe, an intensiver Stärke wachsend. Er erinnere an die Emancipation der Katholiken in England ꝛc. Eine Forderung solcher Art sei die Ausgleichung. Der Ruf, diese Frage von der Tagesordnung entfernt zu sehen, sei ein allgemeiner. Wie gelange man zur Lösung? In England hätten oft die Gegner einer Maßregel die Erbschaft angetreten und die zurückgewiesene Maßregel durchgeführt. So sei es mit der Katholiken-Emancipation, mit den Kornzöllen gewesen. Ein englisches Witzblatt hätte damals Sir Robert Peel im Bade dargestellt, wie er sich die Kleider der Whigs zueignete. Besser sei es, wenn Jeder sein eigenes Kleid trage. Er wünsche, daß das Ansehen dieses Hauses im Lande wachse und seine Kraft im Schaffen zunehme; es sei ehrenvoll, fest im Kampfe zu stehen, aber nicht minder ehrenvoll, auf Ansichten zu verzichten, wenn deren Ausführung nicht mehr möglich sei. Möge das bisherige Nein sich in ein freiwilliges Ja verwandeln, das werde ein patriotischer Akt sein, ein Akt, der nach allen Richtungen eine außerdentliche Wirkung hervorbringen würde (Sehr gut! links). Es handle sich heute nicht unmittelbar um ein Ja oder Nein, aber um die Vorbereitung dazu. „Lehnen Sie den Arnim'schen Antrag ab, und Sie werden einen Grundstein legen für das Wachsthum, das Ansehen und die Macht des Herrenhauses!" (Lebhaftes Bravo links).

Am Ministertische sind Graf Pückler und Bethmann-Hollweg eingetreten.

Hr. v. Kleist-Retzow: Ueber die Frage der Zweckmäßigkeit wolle er heute nicht Eulen nach Athen tragen; darum handle es sich jetzt gar nicht. Der Antrag gehe zwar nicht dahin, die Grundsteuervorlagen abzulehnen, er wolle nur den guten alten Boden für die Ordnung in den Finanzen wieder herstellen. Der Vorwurf des Finanzministers, daß das Arnim'sche Projekt eine temporäre Hilfe gewähre, treffe seinen eigenen Plan, der nach dem Urtheil Sachverständiger auch in den ersten Jahren gar kein Resultat ergeben würde. Statt der ungewissen Hoffnung des Ministers gewähre der Antrag eine sichere Einnahme. Die Bedeutung des Art. 108 der Verf. werde vernichtet für die Krone, wenn Steuern zur Deckung dauernder Bedürfnisse von Zeit zu Zeit gefordert würden. Wenn der Finanzminister nicht die Entschlossenheit habe, die Steuern ein für allemal zu fordern, so werde ihm auch die Entschlossenheit nicht fehlen, wenn die Gegenforderungen aufträten. Das Verfahren der Regierung mache die Krone unselbstständig (Bravo), der Antrag wolle die Krone aus dieser Stellung herausziehen. (Hr. v. Senfft: Bravo.) — Was er und seine Freunde immer gesagt, zeige sich jetzt klar, und Manchem würden die Augen aufgegangen sein, daß die Grundsteuer nur das Mittel sei zur Erhöhung. Der Minister könne keine andern Bedürfnisse nennen, als die Ausgaben für das Militär; wäre der Finanzminister an seiner (des Redners) Stelle, er würde als ein gewiegter Finanzmann und Politiker, schwerlich dieses Motiv gelten lassen, um darauf hin die Steuern zu erhöhen oder neue Steuern zu erheben. — Das Herrenhaus habe die Mission, das alte Preußen von der Despotie des modernen Staates zu erlösen; gebe das Haus hier nach, so gebe es sich selbst auf. Als die Grundsteuer vom französischen Konvent beschlossen worden, da galt die Theorie, daß der Grundbesitz allein ein reines Einkommen liefere. Wer glaube jetzt noch an diese Theorie? Jetzt habe man nicht einmal mehr die Rechtfertigungsgründe des Konvents. Solle dem Grundbesitz eine neue Last aufgelegt werden, so könne es nur in der Form eines Zuschlags zur Einkommensteuer geschehen. Er würde es lieber sehen, daß dem Grundbesitz allein ein solcher Zuschlag aufgelegt, als daß die Grundsteuer erhöht würde. — Der Minister habe auf die Berge von Schwierigkeiten hingewiesen; Schwierigkeiten werde es immer geben, so lange der Minister dem Projekt entgegen sei; man solle sich nur nicht abschrecken lassen. — Es werde gesagt, ⅘ des Einkommens entzögen sich der Besteuerung; das sei unmöglich; ⅘ des Einkommens gäben 12 Mill. Steuer; nun, wenn die zu erreichen wären, wie würde der Minister und seine Adjutanten dahinter her sein?! (Heiterkeit). -- Der ganze Organismus zur Veranlagung und Erhebung der Steuer müßte verändert werden, heiße es, das sehe ja der Antrag selbst vor. — Im J. 1847 sei das Finanzministerium mit den beantragten Grundsätzen einverstanden gewesen, und da sei die Seele des Ministeriums der hochverdiente Herr Kühne gewesen. — Man solle bedenken, daß man jetzt schon 10 Jahre die Einkommensteuer habe; da seien also die Beamten mit der Einschätzung schon vertraut. Schwierigkeiten für die gewerblichen Kapitalien gebe er zu, aber auch diese seien zu heben. Bei den Klassensteuerpflichtigen solle eben die Hauptquelle des Erwerbes entscheidend sein. Aber alle diese Schwierigkeiten seien kleine gegen die Gebirge von Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten bei der Veranlagung alles Grundeigenthums von der Saar bis zum Niemen. (Zustimmung rechts.) Die Mehrerträge der Einkommensteuer in den Städten bewiesen nur, wie erschreckend die Ansammlung von Kapitalien in einer Hand schon zugenommen habe. — Der Finanzminister sei ein Mensch, „wie wir alle"; also erkläre sich, daß er nicht so bald von seinem Plane lasse; nun bekomme er zunächst eine Mehreinnahme von der Grundsteuer, von einer Klasse der Steuerpflichtigen, und habe die Mehrbesteuerung der andern noch in Aussicht. Aber die Sache werde anders, wenn der Antrag hier angenommen sei; dann müsse der Finanzminister und das andere Haus sich überzeugen, daß die Sache nicht mehr so gehe. Nach dem Arnim'schen Antrage sollten die Besitzenden die Mehrsteuer im Zuschlag tragen; andrerseits drohe die Schraube ohne Ende; noch sei sie nicht einmal angesetzt, und schon sei seit vor. Jahre die Forderung des Ministers um 600,000 Thlr. gestiegen (Heiterkeit); in Schlesien würden die Bauern mehr Grundsteuer zahlen müssen; die Städte am Rhein und in Westfalen 80,000 Thlr. mehr. — Der Arnim'sche Antrag sei selbstlos; über kleinliche Bedenken solle man sich hinwegsetzen; die Armeereform wollten er und seine Freunde auch; sie leite nur die Rücksicht auf das Wohl des Landes. (Bravo rechts.)

(Am Ministertische sind v. Auerswald und v. Bernuth erschienen; bald darauf auch Fürst zu Hohenzollern und Graf Schwerin.)

Finanzminister v. Patow: Nur einige faktische Berichtigungen des Vorredners, ohne daß ich jedoch damit die übrigen Angaben desselben als richtig anerkenne. Er hat gesagt, Wissenschaft und Theorie verurtheilten die Grundsteuer; ich glaube mit Zuversicht behaupten zu können, daß die Wissenschaft mit wenigen Abweichungen die Grundsteuer noch heut für angemessen und bei großen Staaten sogar nothwendig erachtet. Wenn der Antragsteller der Grundsteuer vorwirft, daß die Ausführung derselben 15 Millionen kosten und 15 Jahre in Anspruch nehmen würde, so sind dies eben Behauptungen, welche ohne jede Begründung der auf sorgfältige Ermittelungen gegründeten Behauptungen der Regierung entgegenstehen. — Ich habe nicht zugestanden, daß die Grundsteuer durchschnittlich nur 6 Prozent betrage. — Es ist ferner gegen den Regierungs-Plan eingewendet, er sei für dies Jahr resultatlos, weil noch ein Gesetz eingebracht werden müsse, weil der Finanzminister sich noch nicht in der Lage befinde, den fehlenden Prozentsatz jetzt auszufüllen und gleich mit in das berathende Gesetz aufzunehmen. Die Staatsregierung befand sich aber in der absoluten Unmöglichkeit, den Prozentsatz jetzt schon anzugeben; dazu sind allzulange Vorarbeiten erforderlich. — Die von dem Vorredner über die Einkommensteuer aufgestellte Berechnung ist nur eine oberflächliche, wie er ja selbst zugegeben hat.

Minister Graf Pückler vertheidigt das landwirthschaftliche Ministerium gegen einen von Hrn. v. Kleist erhobenen Vorwurf der Unthätigkeit.

Herr Hasselbach: Der Antrag solle keine Demonstration gegen die Grundsteuer sein; der Antragsteller habe aber einen ganz anderen Antrag motivirt und vertheidigt, als der jetzt gedruckt vorliege. Nach der umfassenden Rede des Vorredners könne kein Zweifel sein, wohin der Arnim'sche Antrag ziele; auch er habe von der Schraube ohne Ende gesprochen. Im vor. J. sei Herr v. Kleist mit seinem damaligen Gegenantrage erst nach Einbringung der Grundsteuervorlagen hervorgetreten, der Arnimsche Antrag aber warte gar nicht die Grundsteuervorlagen ab, sondern wolle sie von vornherein ohne Weiteres todtschlagen. Dies sei sehr bedenklich, namentlich den Worten der Thronrede gegenüber, welche von einer endlichen Erledigung der Grundsteuer spreche. Der Arnimsche Antrag stelle sich entschieden dem Plane der Regierung entgegen, und es sei nicht möglich, daß man den einen billige und dann noch für den andern stimme. Nach dem Arnimschen Antrage, dessen Resultate in einer speciellen Berechnung denen des Regierungsplanes entgegengestellt seien, solle die Staatsregierung auch nicht mehr bezommen, als aus der Grundsteuer erwartet werde, aber die Veranschlagungen der Berechnung beruhten nur auf Muthmaßungen. Nach seiner Ansicht stehe die Sache so: von 1862 ab sollten dreierlei Arten von Steuern erhoben werden, die bisherige Einkommensteuer, dann 10% Zuschlag zu derselben und ganz in derselben Form endlich eine auf ganz neuen Grundsätzen basirte Steuer vom fundirten Einkommen. Der Arnimsche Vorschlag gehe auch nicht blos bis 1865, sondern bis 1870, wie sich aus der approximativen Uebersicht im Comm.-Bericht ergebe. Während ferner die Reg. nach ihren Vorschlägen nur genöthigt sei, 2,900,000 Thlr. aus dem Staatsschatz zu nehmen, fordere der Antrag mehr als 8 Millionen aus demselben, und dies sei ein sehr eigenthümlicher Punkt, von dem der Vorredner nicht mit einem Worte gesprochen habe. — Der Ideengang der Antragsteller sei der: seitdem die Einkommensteuer eingeführt, sei es ungerecht, von der Grundsteuer zu sprechen, vielmehr könne nur von der Erhöhung der Einkommensteuer oder der indirekten Steuern die Rede sein. Es sei nicht einzusehen, wie der Gewerbesteuerpflichtige, der neben derselben noch die Einkommensteuer zu entrichten habe, die erstern anders entrichten solle, als aus seinem Einkommen; alle Last auf die Einkommensteuer zu legen, sei aber völlig ungerecht. Außerdem würde beim Kauf von Grundstücken schon die Grundsteuer vom Käufer in Betracht gezogen; der Nachtheil liege also für den Grundbesitzer nicht in der jetzigen Annahme der Grundsteuer, sondern in dem Gedanken, daß dieselbe einmal kommen könne. Für jeden Niedrigbesteuerten sei es allerdings eine Ueberwindung, sich einer höhern Steuer zu unterwerfen, aber die Grundbesitzer in den hochbesteuerten Provinzen trügen das lebhafte Gefühl in sich, daß sie trotz königlicher Verheißungen und Versprechungen dauernd höhere Steuern tragen müßten, und diese Verschiedenheit hindere das Zusammenschließen der Provinzen zu einer kräftigen Staatseinheit (Zustimmung links). Im vorigen Jahre sei der Regierungsvorlage vorgeworfen, man wisse nicht genau, was bezahlt werden solle; dieser Mangel sei aber in der jetzigen Vorlage gehoben. Hr. v. Kleist habe die Schwierigkeiten der Einschätzung der Trägheit der Beamten zugeschrieben, aber Jeder, der Erfahrungen hierin habe, werde dies als unrichtig bezeichnen. Wolle man alle diejenigen Qualifikationen des Einkommens unterscheiden, welche bei dem Antrage zur Sprache kämen, so würde man unter zehn Personen nicht eine finden, die hierzu im Stande wäre. Auf dem Lande wäre dies noch einfacher, weil da der Werth des Grundbesitzes nach Abzug der Hypothekenschulden einen Anhalt zur Feststellung biete; ganz anders sei dies aber in den Städten, wo die Ermittelung des Kapitals der Gewerbetreibenden fast unmöglich sei. In früheren Ministerial-Instruktionen sei ausdrücklich verboten, bei der Einschätzung nach dem vorhandenen Kapital zu fragen. Man müsse den Leuten geradezu Kapitalien andichten, die sie nicht hätten, umsomehr als sich die Leute lieber höher einschätzen ließen, um ihren Ruf als Geschäftsleute und ihre Kunden nicht zu verlieren. Abgesehen von dieser Unausführbarkeit in den Städten habe aber der Antrag noch eine andere große Ungerechtigkeit; die Grundsteuer solle unverändert bleiben. Die Beibehaltung des Mißverhältnisses zwischen den hoch und minder belasteten Grundstücken sei aber kein Axiom der Gerechtigkeit. Er habe zu dem Gerechtigkeitssinn der Mehrheit dieses Hauses das Vertrauen, daß sie den Antrag ablehnen würde.

Graf Arnim (thatsächlich): Der Vorredner hat behauptet, daß mein Antrag nach dem gestrigen Vortrage ein anderer sei, als nach dem gedruckten Bericht. Ich bestreite das. Er sagte, daß ich eine Selbstdeklaration unter allen Umständen ablehne. Ich habe, als es sich um das betreffende Gesetz handelte, eine Selbstdeklaration des Einkommens verworfen, und noch gestern gesagt, daß man mich todtschlagen könne, ohne daß ich mein Einkommen vom Grundbesitz genau angeben könnte. Den Umfang des Grundbesitzes selber könne man angeben, ebenso die Höhe des Kapitals; und letzteres habe ich verlangt.

Hasselbach (thatsächlich): Ich habe die Abweichung des Grafen Arnim zwischen Rede und Antrag darin gefunden, daß er gestern ausführte, wie sein Vorschlag eine Million mehr bringe, als das Projekt der Regierung, während in dem ursprünglichen Antrage und auch in der Commission davon gar nicht die Rede war. Dann unterschied Graf Arnim zwischen einer Selbstdeklaration vom Einkommen überhaupt oder vom Kapital; eine Selbstdeklaration vom Kapital ist aber noch viel gefährlicher und ruinöser, als vom Einkommen.

Graf Arnim (thatsächlich): Daß die Mehr-Einnahme nicht in der Commission erörtert wurde, ist richtig; ich fand die Bemerkung des Finanzministers, daß mein Vorschlag keine Mehr-Einnahme ergebe, erst im Bericht der Commission; deshalb habe ich gestern den Punkt auseinandergesetzt. In diesem Augenblick war ich im Begriff, dem Herrn Finanzminister die Berechnung zu überreichen, von welcher der Herr Regierungs-Commissar gestern sagte, daß sie ihm aus meinem Vortrage nicht recht klar geworden sei. (Er überreicht dem Minister ein Schriftstück.)

Der Kronprinz verläßt die Hofloge. Vicepräsident Graf Stolberg übernimmt den Vorsitz.

Graf Hoverden: Er sei durch die Reden der Herren Camphausen und Hasselbach in seiner Ansicht nicht wankend geworden, doch stimme er trotzdem nicht mit allen Motiven der Anhänger des Antrages überein. Noch sei nicht, wie gesagt worden, das Herrenhaus ein Stein des Anstoßes und den Händen der Krone entzogen; dieselbe habe vielmehr die Macht, dieses Haus ins Unendliche zu bevölkern (Heiterkeit). Er werde das Haus nicht ermüden (Bravo links), nur wenige Gründe aufzählen. Ein Hauptbedenken sei für ihn, daß die der Regulirung vorangehende Ermittelung das ganze Land in unruhige Bewegung versetzen werde. Wolle man den Osten entschädigen, so könne der Westen eine Rückzahlung der zu viel gezahlten Summen verlangen. Die Kosten der Veranlagung seien unverhältnißmäßig hoch. Durch die Grundsteuer werde die permanente Commission wie ein Gespenst auf dem Lande lasten.

Prinz Friedrich Karl verläßt das Haus.

Hr. Camphausen (Berlin), thatsächlich: Ich habe nicht, wie der Vorredner meinte, gesagt, daß das Herrenhaus ein Stein des Anstoßes und der Macht der Krone entrückt sei; ich bin vom Gegentheil überzeugt.

Frhr. v. Diergardt: Er brauche nur an den Aufruf des hochseligen Königs vom 5. April 1815 bei Besitznahme der Rheinlande zu erinnern, wo der Provinz versprochen wurde, daß sie nicht durch öffentliche Abgaben gedrückt und mit Zuziehung der Bewohner die Steuern regulirt und festgestellt werden sollen. Wäre zur rechten Zeit die Grundsteuer regulirt worden, so hätte man nicht die Mahl- und Schlachtsteuer, die die ärmeren Klassen drückende Klassensteuer, nicht den Zuschlag von 25 pCt. nöthig gehabt. Am Rhein sei die Mißstimmung groß. In der Nähe seines Wohnortes befinde

sich eine Besitzung von 24 magdeburger Morgen Roggen- und Weizenland, für welche 21 Thlr. 2 Gr. an Grundsteuer, 17 Thlr. 2 Sgr. an Klassensteuer gezahlt werden; dazu kämen noch die nicht unbedeutenden Kommunalsteuern. Vor Regulirung der Grundsteuer werde er keiner neuen Steuer zustimmen.

Frhr. v. d. Gröben-Neudörfchen: Nur wenige Worte als Soldat und Landmann. Es liegen zwei Wege zu demselben Ziele vor, und ich habe mich dem Arnimschen Antrage zugewandt, weil er die nöthigen Mittel sogleich oder wenigstens in nicht allzuferner Zeit flüssig macht; weil dadurch keine neue Last meinen armen Tagelöhnern aufgewälzt wird, weil sie keine Last von meinen Schultern wälzt; ich wünsche, daß die Regierung den Vorschlag in reifliche Erwägung ziehe. Si vis pacem, para bellum. Es gilt der Entwickelung der Militär-Organisation, einer Stütze des Thrones und Vaterlandes.

Graf Rittberg: Die Unzuträglichkeiten bei Ausführung des Arnimschen Planes seien vom Ministertische zur Genüge dargelegt worden; für ihn sei das Hauptmotiv gegen den Antrag, daß derselbe alle Liegenschaften, auch in den hochbelasteten Provinzen, gleichmäßig heranziehe. Das sei mit der Gerechtigkeit nicht vereinbar und werde die schlimmsten Folgen haben. Er könne das von Schlesien, mit dessen Verhältnissen er vorzugsweise genau bekannt sei, bestimmt versichern.

Dr. Stahl: Der Antrag ist gestellt, um gegenüber der Ablehnung der Grundsteuer-Vorlagen, welche wir beabsichtigen, unsere patriotische Pflicht zu erfüllen, daß wir einen Weg und Mittel anzeigen, wie die Bedürfnisse gedeckt werden könnten.

Wenn nicht die Grundsteuer-Vorlagen mit der Militär-Organisation in Verbindung gebracht würden, so wäre es uns nicht eingefallen, derartige Vorschläge zu machen. Es ist eine Ehrensache für das preußische Herrenhaus; in diesem Sinne verzichtete dasselbe im vor. Jahre auf die Steuerfreiheit, und schlägt es in diesem Jahre eine neue Steuer vor. Es dokumentirt seine Opferwilligkeit. Die Salzsteuer hat vor vier Jahren das Haus abgelehnt, es will jetzt eine neue Steuer, welche die großen Grundbesitzer mitbetrifft. — Die Grundsteuervorlage berührt keineswegs die Interessen des großen Grundbesitzes allein, sondern des ganzen Landes und ist überhaup nicht eine Frage des Interesses, sondern der Gerechtigkeit. (Bravo.) Ich meinerseits habe nie den Geldbeutel der Ritterschaft, sondern nur deren politische Stellung vertreten; in diesem Sinne habe ich der Erhöhung der Rübenstener u. s. w. zugestimmt, in diesem Sinne bin ich aber auch gegen die Grundsteuervorlagen. Ich bin kein Gegner der Grundsteuer überhaupt; es ist natürlich, daß der Staat einen Antheil hat an der Bodenrente, so gut wie in den Domainen Grund und Boden selbst; die Grundsteuer ist ja nach Bedürfniß früher bald erhöht, bald erniedrigt worden; so hat sich dieselbe naturgemäß und historisch entwickelt. Was ich bekämpfe, ist die Nivellirung der bisherigen Grundsteuer, die Schaffung einer völlig neuen. Die Frage, ob die Grundsteuer eine Rente oder Steuer sei, ist dahin zu beantworten: in volkswirthschaftlicher Wirkung ist sie ersteres, in rechtlicher Beziehung letzteres.

In materieller Beziehung ist daher die Auflegung einer Grundsteuer ein Eingriff in das Eigenthum. Meiner Ansicht nach giebt es nur zwei Arten gerechter Steuern; entweder vom Nationalvermögen, d. h. daß der Belastete sie nicht selbst trägt, sondern Anderen aufwälzt, also alle indirecten, auch eine alt hergebrachte Grundsteuer, oder solche, die den Einzelnen treffen, wie die Einkommensteuer. Eine neue Grundsteuer würde den sehr verschuldeten Grundbesitz empfindlich treffen; auch entspricht die Grundsteuerausgleichung nach den Provinzen nicht dem Prinzip der Gerechtigkeit. Letzteres ist dagegen bei dem Arnim'schen Antrage der Fall. Wenn ich auch nicht mit dem sachverständigen Herrn Hasselbach concurriren kann, so scheint mir doch nicht unmöglich, daß das Kapital bei einem Gewerbetreibenden abgeschätzt werden könne, und eben so würde nur bei einer sehr hohen Steuer die Folge sein, daß die Kapitalien in ausländischen Papieren angelegt würden. Wenn man eine Aeußerung des Ministers dahin auslegen kann, daß das Abgeordnetenhaus, bevor die Grundsteuervorlage nicht bewilligt ist, keine andere Gesetzesvorlage bewilligen werde, so kann man eine solche Voraussetzung nicht machen; dies würde inconstitutionell sein. — Schließlich wendet sich Redner gegen verschiedene Aeußerungen des Dr. Camphausen: Die Grundsteuerfrage, habe dieser gesagt, sei mal in Bewegung und werde nicht von der Tagesordnung verschwinden; nun, die Grundsteuer stehe allerdings unter der Herrschaft des Wahnes; wenn er aber Finanzminister wäre — wozu er nicht einmal Aspirant sei und sich völlig unfähig fühle — so würde er sie einfach damit erledigen, daß er sie für erledigt erkläre. (Zustimmung rechts.) — In England habe man, als ein Krieg drohte, die Reformbill zurückgezogen, bei uns habe man einen Zankapfel gerade in einer ähnlichen Lage in die beiden Häuser hineingeworfen. Der Antrag gebe aber Zeugniß von dem Patriotismus des Hauses, indem der Regierung dadurch ein Weg gezeigt werde. Das Herrenhaus brauche nicht erst, wie Herr Camphausen meine, Ansehen im Lande zu erlangen, höchstens bei solchen, bei denen es gern auf Ansehen verzichte (Heiterkeit); es genieße schon dies Ansehen, und zwar ein sehr hohes; es habe eine sehr große Partei im Lande. (Bravo rechts.)

Nach einer thatsächlichen Berichtigung des Grafen York gegen Herrn Stahl über Aristokratie und die hier vorliegende Frage der Gerechtigkeit, spricht

Graf Reventlow: Ich stimme gegen den Arnim'schen Antrag schon der Form wegen, da die vom Thron als dringlich empfohlenen Grundsteuervorlagen dadurch bei Seite geschoben werden. Man sagt, ein temporaires Bedürfniß dürfe nicht durch eine permanente Steuer gedeckt werden, aber die Gegner der Grundsteuer-Vorlagen behaupten ja, daß dieselben in gar keinem Zusammenhange mit der Militär-Organisation stehen. Zweck des Grundsteuergesetzes ist: den nothwendigen Grund zu legen zwischen einem gerechten und gleichmäßigen Steuersystem. Die Frage der Ausgleichung ist durch die Gesetzgebung von 1810, 1820 und 1850 als gelöst zu betrachten und bedarf der endlichen Erledigung. Sämmtliche Steuern sind im Laufe der Jahre bedeutend erhöht worden, die Grundsteuer nicht. — Meine Ueberzeugung geht dahin, daß jedes Staatswesen eine tüchtige Aristokratie nothwendig braucht, welcher ein großer Theil des Volkes willig folgt, wo sie die Führung übernimmt, in deren Mitgliedern das Volk mit Freude und Stolz die besten Männer sieht (Bravo), die nicht bloß im Kriege voran sind, sondern auch im Frieden Opfer zum allgemeinen Besten bringen. (Bravo.) Eine solche Gelegenheit ist jetzt geboten. Fürchten Sie nicht zu viel, wenn Sie die nöthigen Mittel nicht aus fremdem, sondern aus eigenem Besitz bewilligen, nicht zu schlimme Folgen; ich bin überzeugt, daß Sie bei der Bewilligung eher gewinnen, als verlieren. Wir sind dies uns selbst schuldig, aber auch dem Lande. Schon länger als 40 Jahre ist dieser Gegenstand ein Grund des Zwiespalts zwischen den einzelnen Provinzen und in diesem Jahre erhebt er sich von Neuem. Während wir verhandeln, steigt am Horizont immer drohender eine Wetterwolke auf. Wer sieht ohne Besorgniß in die Zukunft? Wer weiß nicht, daß Preußen nur siegreich aus dem Kampfe hervorgehen kann, wenn es fest gegliedert und einig dasteht? (Bravo.) Ich habe das gute Zutrauen, daß das Volk einig sein werde, gegenüber dem Feind, der uns Alle bedroht. Darum beseitigen wir den Grund des Zwiespalts. Wir sind es auch unserer Regierung schuldig. Wir brauchen ein starkes Königthum; wie kann aber die Regierung Zutrauen im Volke haben, wenn sie außer Stand gesetzt wird, ihre Zusagen zu erfüllen? Wir dürfen sie daran nicht hindern; darum bin ich gegen den Antrag. (Lebhaftes Bravo links.)

Hr. Senfft v. Pilsach: Es sei eine eigenthümliche Situation, daß auf die Aufforderung eines Mitgliedes aus dem fremden Anslande zu preußischem Patriotismus (Sensation) er antworten solle, der von preußischen Eltern geboren sei (Lebhaftes Murren, Widerspruch links, Bravo rechts, starke Bewegung im Hause); um ihn und seine Freunde zum Patriotismus aufzufordern, brauche Niemand aus Dänemark her zu kommen (starker Unwille links). — Zu lebhaftem Bedauern habe er aus den Zeitungen erfahren, daß in einer geheimen Besprechung von prinzipieller Opposition, von Tagesordnung die Rede gewesen sei (lebhafte Unterbrechung links; der Präsident unterbricht den Redner, dergleichen sei hier nicht zu erwähnen; Redner macht Einwendungen. Präsident: So lange er Präsident des Herrenhauses sei, solle dergleichen nicht vorkommen). — Das Herrenhaus habe die größten Opfer gebracht. Die Verhältnisse des Grundbesitzes seien falsch dargestellt. Die Mehrforderung vom Einkommen sei gerecht. Die armen Bauern in der Neumark sollten die Mehrkosten für das Heer bezahlen, die reichen Städter nicht.

Hr. Krausnick berichtigt, Berlin werde an Gebäudesteuer 200,000 Thlr. zu zahlen haben.

Graf Dyhrn: Hr. v. Senfft hat gesagt, die Herren, welche die Freiheitskriege mitgemacht, brauchten keine Ermahnung zum Patriotismus von Dänen. Nun, meine Herren, in diesem Hause sitzt keine Däne (Schallendes Gelächter). Ich glaube, es wird den Ruhm des Vaterlandes vergrößern, wenn hier Männer sitzen, welche anderen deutschen Stämmen entsprossen sind, sei es, aus dem meerumschlungenen Holstein, oder aus dem schönen Schwaben; der Ruf des Königs wird dadurch bethätigt: Vom Fels zum Meer (Bravo).

Zwei Anträge auf Vertagung liegen vor.

Schluß der Sitzung 4½ Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung.

## Frankreich.

**Paris**, 13. März. [Vom französ. Hofe.] Ich erhalte heute sehr interessante Mittheilungen. Der Kaiser hat vor einigen Tagen den Grafen von Flavigny zu sich bitten lassen, um mit ihm über die Situation zu sprechen. Napoleon III. beklagte sich über die Haltung der legitimistischen Salons und über die feindseligen Aeußerungen derselben. „Ich weiß", setzte er hinzu, „daß einer Ihrer Schwiegersöhne (der andere ist Stallmeister der Kaiserin) sich sehr feindlich über mich äußerte. Ihr seid alle undankbar gegen mich, und daß ich für den Papst thun will, was ich kann, das habe ich gezeigt und werde es noch weiter zeigen. Uebrigens werden die Deputirten, welche die Regierung in so heftiger Weise bekriegen, sehr bald sehen, daß sie nicht der Meinung des Landes entsprechen. Sie sagen mir, Sie wollen auf Ihren Landsitz sich begeben — werden Sie denn nicht das Ende der Kammerverhandlungen abwarten?" — „„Ja, Sire, aber diese Verhandlungen versprechen ja nur von sehr kurzer Dauer zu sein."" — „Ach ja, und da wollen Sie im Interesse Ihrer Wahl thätig sein. Thun Sie es — aber es wird von Ihrer Haltung abhängen, ob die Wähler sich Ihnen neuerdings anschließen." Man ist in den Tuilerien sehr ungehalten über die Sprache der bisherigen Regierungsanhänger, und man schreibt diesen Ausfall einer Coalition der Ultramontanen mit den Schutzzöllnern zu. Die Kaiserin soll in Folge der Ausfälle gegen Napoleon III. eine ganz andere Haltung angenommen haben. „Ich war verblendet genug, an die Aufrichtigkeit der religiösen Gefühle gewisser Herren zu glauben," sagte sie vor einigen Tagen zu einer hochgestellten Dame, „aber nun sehe ich, daß man unter dem Mantel der Religion meinen Mann stürzen will. Ich werde den hochgeborenen Damen des Faubourg St. Germain zeigen, daß ich wirklich eine spanische Frau (une femme espagnole) bin, wie sie mich spottweise nennen. Ich werde treu zu meinem Manne stehen und ihn bei Vertheidigung seines Thrones unterstützen, ich werde an seiner Seite sein auf dem Wege der Ehre Frankreichs und der napoleonischen Familie, welcher ich angehöre." Diese plötzliche Gesinnungs-Aenderung erregt in den hohen Kreisen von Paris nicht geringes Aufsehen. Als Beweis für die Bemühungen des Kaisers, eine Versöhnung zwischen Pius IX. und Italien herbeiführen zu wollen, sagt man, Napoleon III. habe den Cardinal Gousset mit einer hierauf bezüglichen Mission nach Rom gesandt oder sei im Begriffe, ihn dahin zu senden. Der Diplomat, dessen Schreiben ich diese Einzelnheiten entnehme, fügt hinzu: „Nicht weniger als diese Sprache der Kaiserin Eugenie überrascht mich jene des Fürsten Metternich. Dieser hebt den Kaiser in den Himmel und sagt, die Legitimisten und Orleanisten suchten die Meinung zu verbreiten, er meine es nicht aufrichtig. Er sei überzeugt, daß Napoleon III. ein ehrlicher Mann sei, und er habe uns oft genug davon überzeugt, daß er es redlich meine. Merkwürdiger, aber begreiflicher Weise spricht General Kisseleff, der russische Gesandte, welcher bisher zu den Anbetern quand même des Franzosen-Kaisers zählte, aus einem ganz anderen Tone." — Die hiesige Regierung hat einen Bericht aus Paris bekommen, worin von einem bevorstehenden Flüchtlings-Congresse in Paris unter dem Vorsitze von L. Kossuth gesprochen wird. Man hat weitere Erkundigungen eingezogen, aus denen hervorgeht, daß dieses Gerücht ein ganz grundloses war. (K. Z.)

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**Wien, 15. März, Abends. Das Abendblatt des „Wanderer" enthält ein Telegramm aus Pesth von heute Mittag. Nach demselben herrschte dort, trotz böswilliger Aufreizungs-Versuche, große Ruhe. Die Jugend selbst war vermittelnd aufgetreten und hatte die heutige Demonstration gemißbilligt. Seit gestern sind alle Polizeiwachtposten eingezogen worden; der Polizeiwachtdienst wird durch die städtische Wachtmannschaft besorgt.**

**Pesth, 15. März. Der „Magyaroszag" enthält eine wiener Correspondenz, nach welcher das Elaborat der Judex-Curial-Conferenz von der in der kommenden Woche zusammentretenden Septemviraltafel als bindendes Gerichtsprovisorium proklamirt werden wird, bis durch den Landtag definitive Bestimmungen getroffen sein werden.**

**Von der polnischen Grenze, 15. März, Abends. In Warschau spricht man in sonst wohl unterrichteten Kreisen von der Entlassung des Mitgliedes der obersten Censurbehörde, Geheimen Raths Muchanoff in Petersburg. Diese Nachricht hat sehr günstig gewirkt.**

**Paris**, 14. März. Tannhäuser hat gestern Fiasco gemacht. Niemann in der Titelrolle war gut.

**Paris**, 14. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Konstantinopel vom 12. d. M. verweigert die Pforte, ihre innern Angelegenheiten zum Gegenstand der Unterhandlung in der Conferenz machen zu lassen.

**Turin**, 14. März. Die Deputirtenkammer hat das Gesetz in Betreff der Proklamirung Victor Emanuel's als König von Italien mit Einstimmigkeit angenommen.

Die Citadelle von Messina hat sich nach viertägigem, sehr lebhaften Feuer auf Gnade und Ungnade ergeben.

**Turin**, 14. März. In der Deputirtenkammer discutirte man das Gesetz, betreffend den Titel „König von Italien". Brofferio machte es dem Minister zum Vorwurf, dieses Gesetz eingebracht und so den Volks-Repräsentanten die Initiative entzogen zu haben.

Cavour antwortete: die Regierung habe die Initiative zu dem Gesetz ergriffen, weil sie auch die Initiative zur italienischen Wiedergeburt ergriffe. Ihre That zeuge von großer Kühnheit. Italien werde derselben einhellig beipflichten, aber im Auslande würde sie bestritten werden. — Zum Beweise citirt er die Debatten, welche anderwärts stattgefunden.

Die Kammer nimmt einstimmig die Constituirung des Königthums Italien an.

Das Amtsblatt bringt folgende Depesche Cialdini's dd. Messina, den 13.: Die Citadelle hat sich nach einem viertägigen Feuer ouf Gnade und Ungnade ergeben. Unsere Artilleristen haben in der Citadelle ein großes Feuer entzündet. Die Capitulation ward verweigert. Wir haben an Gefangenen: 5 Generale, 150 Offiziere, 5000 Mann; 300 Kanonen sind in unseren Händen.

## Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris**, 15. März, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. begann zu 68, 25, fiel auf 68, 20 und schloß in fester Haltung zur Notiz. — Der Bankausweis ergiebt eine Zunahme des Baarvorrath um 13⅝ Mill. Fr., eine Abnahme des Portefeuilles um 27½ Millionen Francs. — Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 30. 4½proz. Rente 95, 65. 3proz. Spanier 47¼. 1proz. Spanier 41⅛. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 485. Credit-mobilier-Aktien 663. Lomb. Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Kredit-Aktien —.

**London**, 15. März, Nachm. 3 Uhr. Börse unthätig. Consols 92¼. 1prz. Spanier 41. Mexikaner 24⅝. Sardinier 82. 5prz. Russen 101½. 4½proz. Russen 90. Die australische Post ist in Marseille eingetroffen.

**Wien**, 15. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Valuten weichend. 5proz. Metall. 64, 75. 4½proz. Metalliq. 55, 50. Bankaktien 727. Nordbahn 206, 20. 1854er Loose 86, —. National-Anlehen 76, 30. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 286, —. Creditaktien 163, 50. London 147, 50. Hamburg 110, 25. Paris 58, 25. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 187, —. Lomb. Eisenbahn 190, —. Neue Loose 114, 25. 1860er Loose 81, 50.

**Frankfurt a. M.**, 15. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterreichische Fonds u. Aktien etwas fester bei beschränktem Umsatz. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 129⅛. Wiener Wechsel 78⅞. Darmst. Bankaktien 181. Darmst. Zettelbank 236. 5proz. Metall. 42. 4½proz. Metall. 37½. 1854er Loose 55¼. Oest. National-Anleihe 49¾. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 224. Oest. Bank-Antheile 580. Oesterr. Credit-Aktien 128. Neueste österr. Anleihe 55½. Oest. Elisabetbahn 123½. Rhein-Nahe-Bahn 24¼. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 101¼.

**Hamburg**, 15. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Gegen Schluß der Börse fester. Berlin-Hamburg 114. Schluß-Course: National-Anleihe 51. Oesterr. Credit-Aktien 54¾. Vereinsbank 100. Norddeutsche Bank 87¼. Diskonto 2¼ %. Wien 113, 50.

**Hamburg**, 15. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, jedoch ruhig; ab auswärts stille. Roggen loco und ab Ostsee unverändert. Oel pr. Mai 23⅜, pr. Oktober 24½. Kaffee 4000 Sack Rio u. Santos schwimmend und loco umgesetzt.

**Liverpool**, 15. März. [Baumwolle.] 20,000 Ballen Umsatz. — Zu sehr vollen Preisen umgesetzt. Wochenumsatz 58,130 Ballen.

## Berliner Börse vom 15. März 1861.

**Fonds- und Geldcourse.**

| | | Zf. | Cours |
|---|---|---|---|
| | Freiw. Staats-Anleihe | 4½ | 101¼ G. |
| | Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57 | 4½ | 101⅝ bz. |
| | dito 1853 | 4 | 96¾ bz. |
| | dito 1859 | 5 | 106¼ bz. |
| | Staats-Schuld-Sch. ... | 3½ | 87⅝ bz. |
| | Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 117⅞ bz. |
| | Berliner Stadt-Obl. | 4½ | 101¾ G. |
| Pfandbriefe | Kur- u. Neumärk. | 3½ | 91¼ bz. |
| Pfandbriefe | dito dito | 4 | 100¾ bz. |
| Pfandbriefe | Pommersche ..... | 3½ | 89¼ bz. |
| Pfandbriefe | dito neue ..... | 4 | 98⅜ bz. |
| Pfandbriefe | Posensche ....... | 4 | 101¼ G. |
| Pfandbriefe | dito ........... | 3½ | 94½ G. |
| Pfandbriefe | dito neue ....... | 4 | 90¼ G. |
| Pfandbriefe | Schlesische ...... | 3½ | 89⅜ G. |
| Rentenbriefe | Kur- u. Neumärk. | 4 | 97 bz. |
| Rentenbriefe | Pommersche ..... | 4 | 97⅜ B. |
| Rentenbriefe | Posensche ....... | 4 | 92¾ bz. |
| Rentenbriefe | Preussische ...... | 4 | 96¼ G. |
| Rentenbriefe | Westf. u. Rhein. | 4 | 96¼ G. |
| Rentenbriefe | Sächsische ....... | 4 | 97½ G. |
| Rentenbriefe | Schlesische ...... | 4 | 96¼ G. |
| | Louisdor ........... | — | 109⅜ bz. u. G. |
| | Goldkronen ......... | — | 9. 5 G. |

**Ausländische Fonds.**

| | Zf. | Cours |
|---|---|---|
| Oesterr. Metall. ..... | 5 | 43 G. |
| dito 54er Pr.-Anl. | 4 | 56½ bz. |
| dito neue 100-fl.-L. | — | 52 B. |
| dito Nat.-Anleihe . | 5 | 51¼ bz. |
| Russ.-engl. Anleihe .. | 5 | 102¾ B. |
| dito 5. Anleihe ... | 5 | 88 B. |
| dito poln. Sch.-Obl. | 4 | 8[illegible] etw. bz. u. G. |
| Poln. Pfandbriefe ... | 4 | [illegible] |
| dito III. Em. ..... | 4 | 85½ B. |
| Poln. Obl. à 500 Fl. . | 4 | 91 bz. |
| dito à 300 Fl. . | 5 | 93¼ B. |
| dito à 200 Fl. . | — | 23 G. |
| Kurhess. 40 Thlr. ... | — | 47½ G. |
| Baden 35 Fl. ....... | — | 30 etw. bz. |

**Actien-Course.**

| | Div. 1860 | Z.-F. | Cours |
|---|---|---|---|
| Aach.-Düsseld. ... | 3½ | 3½ | 75 bz. |
| Aach.-Mastricht. | — | 4 | 19¾ à 20¼ à 20 bz. |
| Amst.-Rotterdam | — | 4 | 79¾ bz. |
| Berg.-Märkische | — | 4 | 88½ bz. |
| Berlin-Anhalter . | — | 4 | 115½ bz. |
| Berlin-Hamburg. | 6¾ | 4 | 114 bz. |
| Berl.-Potsd.-Mgd. | — | 4 | 142½ bz. |
| Berlin-Stettiner . | — | 4 | 110 bz. (i. D.) |
| Breslau-Freibrg. | 5½ | 4 | 96¾ à ¼ bz. |
| Cöln-Mindener .. | — | 3½ | 135 bz. u. G. |
| Franz St.-Eisenb. | — | 5 | 128 G. |
| Ludw.-Bexbach. | 9 | 4 | 129½ B. |
| Magd.-Halberst. . | 7 7/15 | 4 | 200 etw. bz u. G. |
| Magd.-Wittenbrg. | — | 4 | 34½ bz. |
| Mainz-Ludw. A. | — | 4 | 101¼ bz. (m. C. 3.) |
| Mecklenburger .. | — | 4 | 47 G. |
| Münster-Hammer | — | 4 | 94 bz. |
| Neisse-Brieger .. | — | 4 | 51¾ G. |
| Niederschles. ... | — | 4 | 96 bz. |
| N.-Schl.-Zweigb. | — | 4 | — — — |
| Nordb. (Fr.-W.) | — | 4 | 44⅝ à ½ bz. |
| dito Prior.... | — | 4½ | 100⅝ G. |
| Oberschles. A... | 7 7/15 | 3½ | 124 bz. |
| dito B... | 7 7/15 | 3½ | 111½ B. |
| Oberschles. C.. | 7 7/15 | 3½ | 124 bz. |
| dito Prior A. . | — | 4 | 94½ G. |
| dito Prior B. . | — | 3½ | 80¾ G. |
| dito Prior C. . | — | 4 | — — — |
| dito Prior D.. | — | 4 | 88¾ G. |
| dito Prior E. . | — | 3½ | 77¼ bz. |
| dito Prior F. . | — | 4½ | 94⅞ B. |
| Oppeln-Tarnow. | ⅓ | 4 | 35½ bz. |
| Prinz-W. (St.-V.) | — | 4 | 53¾ bz. |
| Rheinische ..... | — | 4 | 80 bz. |
| dito (St.) Pr. | — | 4 | 92 B. |
| dito Prior... | — | 4 | 86½ B. |
| dito v. St. gar. | — | 3½ | — — — |
| Rhein-Nahebahn | — | 4 | 25 bz. |
| Ruhrort-Crefeld. | 3½ | 3½ | 75¾ G. |
| Starg.-Posener .. | — | 3½ | 84½ B. |
| Thüringer ..... | — | 4 | 103½ B. |
| Wilhelms-Bahn . | — | 4 | 37 B. |
| dito Prior ... | — | 4 | — — — |
| dito III. Em. | — | 4½ | 85½ bz. |
| dito Prior St. | — | 4½ | 73¼ B. |
| dito dito | — | 5 | 80½ B. |

**Preuss. und ausl. Bank-Actien.**

| | Div. 1860 | Z.-F. | Cours |
|---|---|---|---|
| Berl. K.-Verein . | 5 | 4 | 115½ G. |
| Berl.-Hand.-Ges. | — | 4 | 81½ B. |
| Berl. W.-Cred. G. | — | 5 | — — — |
| Braunschw.Bank | — | 4 | 67 G. |
| Bremer „ | 5 | 4 | 98¼ G. |
| Coburg. Credit-A. | — | 4 | 41½ B. |
| Darmst. Zettel-B. | 7⅓ | 4 | 95 G. |
| Darmst. (abgest.) | 4 | 4 | 72 bz. u. G. |
| Dess. Creditb.-A. | 0 | 4 | 13½ bz. |
| Disc.-Cm.-Anthl. | — | 4 | 83¾ bz. u. G. |
| Genf. Creditb.-A. | 0 | 4 | 24 etw. à 23¾ bz. (i. D.) |
| Geraer Bank ... | 4 | 4 | 70 etw. bz. |
| Hamb. Nrd. Bank | 4 | 4 | 86 G. |
| „ Ver. „ | 4 1/7 | 4 | 99½ G. |
| Hannov. „ | 5¼ | 4 | 91½ G. |
| Leipziger „ | — | 4 | 60¾ G. (i. D.) |
| Luxembrg. „ | 7½ | 4 | 84 B. (i. D.) |
| Magd. Priv. „ | 3⅔ | 4 | 79½ B. |
| Mein.-Creditb.-A. | — | 4 | 69¾ bz. |
| Minerva-Bwg.-A. | — | 5 | 19½ bz. u. B. |
| Oester. Crdtb.-A. | — | 5 | 55 à 54¾ bz. |
| Pos. Prov.-Bank | 5 1/16 | 4 | 83 bz. |
| Preuss. B.-Anthl | 5¼ | 4½ | 122½ bz. |
| Schl. Bank-Ver. | 5 | 4 | 80½ bz. |
| Thüringer Bank | — | 4 | 54¼ bz. u. G. |
| Weimar. Bank .. | — | 4 | 73 G. |

**Wechsel-Course.**

| | | |
|---|---|---|
| Amsterdam ....... | k. S. | 141¾ bz. |
| dito .......... | 2 M. | 141 bz. |
| Hamburg ........ | k. S. | 150⅝ bz. |
| dito .......... | 2 M. | 149⅞ bz. |
| London .......... | 3 M. | 6. 19¾ bz. |
| Paris ............ | 2 M. | 79⅓ bz. |
| Wien österr. Währ. | 8 T. | 67 bz. |
| dito .......... | 2 M. | 66½ bz. |
| Augsburg ........ | 2 M. | 56. 22 bz. |
| Leipzig .......... | 8 T. | 99⅜ bz. |
| dito .......... | 2 M. | 99 5/12 G. |
| Frankfurt a. M. ... | 2 M. | 56. 22 bz. |
| Petersburg ....... | 3 W. | 95¾ bz. |
| Warschau ........ | 8 T. | 86½ bz. |
| Bremen ......... | 8 T. | 109¼ bz. |

**Berlin**, 15. März. Von Wien lauteten die Course wieder besser, die auswärtigen Plätze haben überhaupt eine bessere Haltung, und namentlich scheinen London und Paris von den Besorgnissen einigermaßen befreit, welche sich an die Nachwirkungen der Mirèsschen Katastrophe geknüpft hatten. Auch die Herabsetzung des Discontos in Paris wird jedenfalls ihre günstigen Einflüsse noch äußern; auf Wien scheint diese Maßregel bereits einen guten Eindruck hervorgebracht zu haben; Valuten werden weichend gemeldet: London 147. 25; 147. 75; 147. 50; Effekten ein wenig höher: Credit 163. 60 und 50; Nat.-Anl. 76. 60—30. Demungeachtet blieb die hiesige Börse in allen österr. Sachen still. Die Course wurden etwas höher gehalten, die Festigkeit hatte sich nicht verloren, gerade in den hervorragensten österr. Papieren aber hatte das Geschäft eine so geringe Ausdehnung wie selten. Dagegen waren Eisenbahnaktien belebter als gestern, und nur diejenigen Devisen, welche durch allzugroße spekulative Anstrengungen in letzter Zeit getrieben wurden (namentlich Freiburger), schlagen eine stark weichende Richtung ein; die meisten andern erhielten sich fest. Der Geldmarkt war etwas zugänglicher, der Begehr geringer; Disconto ging indeß nicht unter 2½.

Von den Eisenbahnaktien waren Freiburger fast allein dringend angeboten, so daß sich der Cours fast um 1 % bis auf 96¼ drückte. Für die meisten anderen Aktien waren eher Verkäufer als Nehmer zu vermissen.

Oesterr. Noten stiegen um ½ Thlr.; für wiener kurze Briefe wurde 67½ bis ¾, meist aber nur der Durchschnittscours 67⅝, ⅝ Thlr. mehr als gestern, angelegt; lang Wien stellte sich ½ Thlr. höher auf 67, in Auenahmefällen vielleicht auch etwas darüber. Polnische Noten drückten sich um ¼ bis ½ Thlr. (B.- u. H.-Z.)

**Berlin**, 15. März. Weizen loco 72—86 Thlr. pr. 2100 Pfd., 83—84pfd. feiner uckermärkischer 84 Thlr. pr. 2100 Pfd. ab Bahn bez. — Roggen loco ab Kahn, 80pfd. à 46 Thlr. bez., 82—83pfd. 46½ Thlr. ab Bahn, 84pfd. feiner 48½ Thlr. franco Bahn pro 2000 Pfd. bez., März und März-April 45½—¾ Thlr. bez. und Br., 45½ Thlr. Gld., Frühjahr 45½—⅜—⅝ Thlr. bez. und Gld., 45¾ Thlr. Br., Mai-Juni 46⅛—¼ Thlr. bez. und Br., 46⅛ Thlr. Gld., Juni-Juli 46½—¾ Thlr. bez., Br. und Gld. — Gerste, große und kleine, 42—48 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 24—28 Thlr., Lieferung pr. März und März-April 25 Thlr., Frühjahr 24⅞—25 Thlr. bez.. Mai-Juni 25¼ Thlr. bez. und Gld., Juni-Juli 26 Thlr. Br., 25¾ Thlr. Gld. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 44—54 Thlr. — Rüböl loco 11⅙ Thlr. bez., März und März-April 11 1/12 Thlr. bez. und Br., 11 Thlr. Gld., April-Mai 11⅛—1/24 Thlr. bez. und Gld., 11 1/12 Thlr. Br., Mai-Juni 11⅙—⅛ Thlr. bez., 11⅙ Thlr. Br., 11 1/12 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 11⅔—⅝ Thlr. bez., Br. und Gld. — Leinöl loco preußisches 11 Thlr., englisches 10¾ Thlr., Lieferung englisches 10 7/12—½ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 19 23/24 Thlr. bez., im Laufe nächster Woche zu liefern à 20 Thlr. verkauft, März und März-April 20⅛—¼ Thlr. bez., April-Mai 20⅙—⅓ Thlr. bez. und Br., 20¼ Thlr. Gld., Mai-Juni 20⅓—½ Thlr. bez. und Br., 20 5/12 Thlr. Gld., Juni-Juli 20⅝—¾ Thlr. bez. und Br., 20⅔ Thlr. Gld., Juli-Aug. 20⅞—21 Thlr. bez. und Br., 20 11/12 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 21—¼ Thlr. bez., Sept.-Oktbr. 20 Thlr. bez.

Weizen trotz größerer Offerten von feiner Waare höher gehalten und fast ohne Handel. Roggen disponibel, wurde gering umgesetzt; feine Qualitäten blieben gefragt, während Angebote von untergeordneten Gattungen stark bleiben. Termine matt einsetzend, befestigten sich im Verlaufe eines kleinen Geschäfts und schließen etwas höher. In Rüböl war zu weichenden Preisen das Geschäft ziemlich lebhaft. Spiritus setzte unter gestrigem Schlußcourse ein, befestigte sich dann und schließt nach lebhaftem Handel höher.

≏ **Breslau**, 16. März. [Produktenmarkt.] Für sämmtliche Getreidearten in ziemlich ruhiger Haltung, Zufuhren und Offerten von Bodenlägern, sowie Kauflust nur mäßig und gestrige Preise behauptet. — Oel- und Kleesaaten unverändert. — Spiritus matt, pro 100 Quart loco 20 B., März 20 B.

| | Sgr. | | | |
|---|---|---|---|---|
| Weißer Weizen . | 80 | 86 | 90 | 95 |
| Gelber Weizen . | 80 | 86 | 90 | 94 |
| Brenner-Weizen . | 65 | 70 | 74 | 76 |
| Roggen .... | 58 | 60 | 62 | 64 |
| Gerste ..... | 48 | 52 | 54 | 57 |
| Hafer ..... | 28 | 30 | 32 | 33 |
| Kocherbsen .. | 60 | 62 | 64 | 66 |
| Futtererbsen .. | 54 | 56 | 58 | 60 |
| Wicken ..... | 45 | 50 | 53 | 56 |

| | Sgr. | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Winterraps . . | 85 | 90 | 92 | 94 | 96 |
| Winterrübsen | 80 | 84 | 87 | 89 | 91 |
| Sommerrübsen | 75 | 80 | 84 | 86 | 88 |
| Schlagleinsaat | 70 | 75 | 80 | 85 | 93 |
| | **Thlr.** | | | | |
| Rothe Kleesaat | 11 | 13 | 15 | 15⅔ | 16¾ |
| Weiße dito | | 8 | 12 | 15 | 18 21½ |
| Thymothee . | 9½ | 10 | 10½ | 11 | 11½ |

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.